



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Lange

Telefon: (0221) 221-22058
Fax : (0221) 221-26570
E-Mail: maria.lange@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2015

Auszug aus der Niederschrift der 8. Sitzung des Hauptausschusses vom 03.08.2015

öffentlich

A Aktuelle Stunde Bühnendebakel - Gründe und Folgen AN/1077/2015

Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass es sich bei der Generalsanierung der städtischen Bühnen um eines der größten Kulturbauvorhaben des Landes handelt und verweist auf die lange Geschichte dieses großen Vorhabens. Alle Beteiligten seien zuversichtlich gewesen, dass im Jahre 2015 die generalsanierten städtischen Bühnen wiedereröffnet werden könnten. Umso größer sei die Enttäuschung über die Verschiebung des Eröffnungstermins. Die Beteiligten seien in gemeinsamer Verantwortung bestrebt gewesen, zu einem guten Ergebnis zu kommen. Jetzt ständen alle in der gemeinsamen Verantwortung, mit größter Anstrengung die Neueröffnung so zügig wie möglich zu erreichen.

Die politischen Vertreterinnen und Vertreter kritisieren, dass die Mitteilung zu diesem wichtigen Thema als Tischvorlage präsentiert wird. Herr Oberbürgermeister Roters betont, dass dieses komplexe Thema einer Abstimmung aller Beteiligten bedurfte und deshalb die Mitteilung erst am Sitzungstag vorgelegt werden konnte.

Herr Sterck sieht Fehler in drei Bereichen:

Erstens habe es Planungsfehler gegeben. Denn bei Kenntnisnahme der Risiken sei nicht rechtzeitig gegengesteuert worden und es habe an einem „Plan B“ gefehlt.

Zweitens habe es politische Fehler gegeben. Er verweist auf seine Äußerungen im Unterausschuss Kulturbauten vom 19.01.2015, in dem er die Frage nach einer Verschiebung des Termins gestellt habe. Er kritisiert die fehlende finanzielle Transparenz sowie eine fehlende politische Legitimation für das Handeln der Verwaltung in den letzten Wochen. In diesem Zusammenhang bittet Herr Sterck um Stellungnahme zu der in der Presse zitierten Äußerung von Frau BG Laugwitz-Aulbach bezüglich der Einhaltung des Eröffnungstermins und der Kosten.

Als drittes nennt er Kommunikationsfehler. Er fragt, ob die jetzt offensichtlichen Probleme noch nicht vor Veröffentlichung des neuen Spielplanes der Oper und des Schauspielhauses bekannt waren und kritisiert das Krisenmanagement zwischen dem 17.7. und dem 23.07.2015.

Er dankt der SPD-Fraktion für den Fragenkatalog, und identifiziert die Frage Nr. 9 als das zu klärende zentrale Thema. Er will wissen, wann klar war, dass der Termin nicht zu halten war und wer daraufhin nicht rechtzeitig reagiert bzw. eine rechtzeitige Kommunikation verhindert habe.

Zum Dringlichkeitsantrag der FDP unter TOP 3.1 werde ein textlicher Vorschlag vorgelegt, der vorsieht, dass die Angelegenheit erst einmal stadintern geklärt und eine Option zur Beauftragung eines externen Gutachters vorbehalten werde.

Herr Börschel kritisiert die Art der Kommunikation und den Umgang mit den Fehlern u.a. bei der Pressekonferenz am 23.07.2015. Er warnt vor schnellen Schuldzuweisungen und verweist auf eine politische Verantwortung derer, die mit ihren Beschlüssen zu einem Bau im Bestand größere und zahlreichere Risiken im Hinblick auf Kosten und Zeitplan eingegangen seien. Er schließt in die Kritik auch den ehemaligen Präsidenten der IHK, Herrn Bauwens-Adenauer sowie den aktuellen Geschäftsführer, Herrn Soénius, mit ein, die aktuell ein Versagen der öffentlichen Hand konstatieren. Bei diesem Projekt seien sehr viele Private in verantwortlicher Position mitbeteiligt gewesen. Er bittet um eine sachliche und ehrliche Debatte.

Ein Hin- und Herreichen der Verantwortlichkeit verärgere die Bürgerschaft und führe zu einem Zuständigkeitswirrwarr. Er fragt, ob notwendige Entscheidungen aufgeschoben seien worden, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte.

Es müsse jetzt vorrangig und mit der nötigen Sorgfalt geklärt werden, wie das Projekt zu einem finanziell akzeptablem Abschluss gebracht werden könne, der die künstlerischen Belange von Oper und Schauspiel bestmöglich berücksichtigt. Außerdem müsse geklärt werden, wie es zu diesem Desaster gekommen und wer dafür projektverantwortlich sowie politisch verantwortlich sei. Er führt aus, dass die Übernahme von politischer Verantwortung im Gegensatz zu unmittelbarer Verantwortung nicht zwangsläufig zu einem Rücktritt führen müsse. Ihm sei das Bekenntnis zur Verantwortung wichtig.

Er bittet die Verwaltung eine gültige Organisationsstruktur der Verantwortlichkeiten für dieses Bauprojekt vorzulegen. Er erkenne wie bei jedem Bauprojekt, einen Bauherrn, einen extra eingesetzten privaten Projektsteuerer und eine Projektleitung, die Gebäudewirtschaft mit dem ersten Betriebsleiter und der geschäftsführenden Betriebsleitung. Zudem möchte er wissen, welchen Charakter und welche Aufgaben die Lenkungsgruppe hat und wie sich die Rolle des Projektsteuerers in die Zuständigkeiten einfügt. Er bittet darum, die Antworten auf den Fragenkatalog der SPD schnellstmöglich in die zuständigen Fachausschüsse zu geben und dabei den Komplex zum Thema Verzögerung des Projekts und Plan B zu trennen.

Ergänzend fragt Herr Börschel, ob es einen internen Vermerk von DU Diederichs Projektmanagement, auf den sich ein Artikel im Express vom 23.10.2014 bezieht, gebe. Darin werde laut der Presse auf eine Kostensteigerung auf 300 Mio. € und auch auf immense Zeitprobleme hingewiesen. Herr Börschel fragt, ob dieser interne Vermerk mit dem vom Kölner Stadtanzeiger (24.07.2015) genannten identisch sei, wem dieser Bericht bekannt war und ob er Einfluss auf das weitere Vorgehen, insbesondere im Hinblick auf die Information der zuständigen Gremien hatte.

Ferner sieht Herr Börschel in der Information aus der Mitteilung auf Seite 9 oben, wonach der Projektsteuerer Anfang Juni einen Auftrag zu einer grundlegenden aktu-

ellen Analyse und Aufstellung eines Terminplanes erhalten habe, und der Information aus einem Protokoll über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 18.06.2015, wonach nach Aussage des Projektsteuerers der Eröffnungstermin trotz aller bekannten Risiken nicht in Frage stehe, einen Widerspruch und bittet die Verwaltung, diesen aufzuklären.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legen im Einverständnis mit der antragstellenden Fraktion einen Ersetzungsantrag zu TOP 3.1 vor, wonach zunächst eine interne Aufklärung der Angelegenheit angestrebt werde, bei der die Expertise des Rechnungsprüfungsausschuss einbezogen werden solle. Eine externe Begutachtung zu einem späteren Zeitpunkt behalte man sich vor.

Herr Petelkau sieht als zentrales Thema, dass jetzt eine verlässliche und stabile Planung aufgestellt werde, damit das Projekt nicht endlos werde. Das zweite sei eine saubere Aufarbeitung der Verantwortlichkeit. Die bestehenden Mängel auf der von den Fraktionen besichtigten Baustelle seien derart schwerwiegend und eindeutig, dass jedem hätte klar sein müssen, dass eine Fertigstellung bis November 2015 nicht realisierbar ist. Er verlangt von der Verwaltung, dass sie begangene Fehler eingesteht. Er sieht die Verantwortung auch beim Oberbürgermeister. Eine frühere Kommunikation der Probleme wäre besser gewesen. Für Herrn Petelkau ist der Wechsel des Projektsteuerers im April 2015 ein Signal für Probleme. Ihm fehlen ein angemessenes prozessuales Krisenmanagement sowie die Ausgestaltung eines Plan B.

Er werde zur Klärung Akteneinsicht beantragen, um zu sehen, wer zu welcher Zeit auf den verschiedenen Ebenen informiert worden sei.

Es müsse für die Zukunft das Vertrauen in Großprojekte wieder gestärkt werden. Dafür bedürfe es eines Wandels, damit zukünftig derartige Projekte in einem vernünftigen Umfang zu vernünftigen Kosten abgewickelt werden können.

Frau von Bülow sieht in dem Prozess eine „Kultur der Verantwortungslosigkeit“. Eine Bauverzögerung sei nicht die Blamage, sondern wie damit umgegangen werde.

Sie findet es bezeichnend für eine fehlende Steuerung, dass am Tag, an dem der Projektsteuerer den Eröffnungstermin in Frage gestellt habe, dennoch Vorlagen für die Ausstattung der Bühnen für den 07.11.2015 schlussgezeichnet wurden.

Sie spricht vier Punkte an:

Wichtigstes Ziel sei die Sanierung der Bühnen erfolgreich in einem angemessenen Kostenrahmen zeitnah zu Ende zu führen. Sie betont, dass nicht die Entscheidung zum Bau im Bestand zu den Problemen geführt habe. Die meisten Probleme lägen in der Oper, die nie neu gebaut werden sollte. Sie bittet auch hier um eine ehrliche Debatte.

Als zweites bittet sie, Verantwortlichkeiten deutlicher aufzuklären und Transparenz herzustellen. In dem vorliegenden Papier werden ihrer Ansicht nach nicht alle Verantwortlichen genannt. Für sie fehlen als Hauptverantwortliche die Beigeordneten. Sie verweist auf die diversen Zuständigkeitsregelungen, z.B. der Eigenbetriebsverordnung der Bühnen, dem Geschäftsverteilungs- bzw. Dienstanweisungsplan der Bühnen und das Organisationshandbuch der Bühnen.

Ferner bittet sie zu untersuchen, warum es trotz des bestehenden Controllings und der Projektsteuerung zu Problemen kommen konnte. Über den Wechsel der Projektsteuerung habe es nur eine Information am Rande einer Pressemitteilung gegeben. Weitere Informationen an die zuständigen Ausschüsse seien oft zu spät weitergelei-

tet worden. Die Politik habe oft nachgefragt, jedoch wurde immer am Termin 07.11. festgehalten.

Es seien am 9.06.2015 durch Frau Meyer, am 17.06.2015 durch Herrn Bachmann die Spielpläne der Oper und des Schauspielhauses vorgestellt und in der letzten Ratssitzung der Verkauf des Staatenhauses zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Dies sei durch alle drei Intendanten in dem Wissen passiert, dass das Risiko extrem hoch sei und der Projektsteuerer vertieft untersuche. Auch ein Plan B sei nicht erwähnt worden und läge ja wohl auch nicht vor. Dies sei kein optimales Management gewesen.

Sie beanstandet, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Roters als auch Herr Stadtdirektor Kahlen bei der stattgefundenen Pressekonferenz gefehlt haben.

Für die Zukunft verlangt sie einen tragfähiges Konzept für den Fortlauf der Sanierung.

Um das Vertrauen wieder herzustellen erwartet sie, dass alle Beteiligten, die Verwaltungsspitze aber auch die drei Intendanten der Bühnen, sich verantwortlich erklären. Den Anschein zu erwecken, als hätten sie damit nichts zu tun und bei dieser Sachlage überrascht von einem Alptraum zu sprechen, sei nicht nachvollziehbar.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigen ebenfalls die Beantragung von Akteneinsicht an.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt ebenfalls den Ersetzungsantrag zu 3.1.

Frau Stahlhofen sieht auch die Politik mit ihrem jeweiligen Abstimmungsverhalten in der Mitverantwortung. Es sei von der Verwaltung darauf hingewiesen worden, dass Risiken bestehen, die von der Politik zur Kenntnis genommen worden seien. Verantwortung hieße für sie nicht nur auf Andere zu zeigen, sondern auch die eigenen Entscheidungen in den Ausschüssen zu sehen. Die Politik sei immer wieder darauf hingewiesen worden, dass es sich um einen heißen Ritt auf der Rasierklinge handele und dies wurde hingenommen. Auch nach dem Plan B sei gefragt worden und es habe in diesem Zusammenhang eine Diskussion über die Kosten gegeben. Nach der Besichtigung der Baustelle resümiert sie, dass der Stand der Darstellung den Monatsberichten entspreche. Sie betont, dass es nun das oberste Ziel sein müsse, dass Projekt voranzutreiben und aus Fehlern zu lernen. Insbesondere sollten künftig die Baustellen stärker kontrolliert werden. Das von der Verwaltung vorgestellte 11-Punkte-Programm sei ein guter Anfang.

Herr Oberbürgermeister Roters sieht in der vorliegenden Mitteilung bereits viele Fragen beantwortet. Herr Dr. Elster verweist auf die nächste Woche stattfindenden Sondersitzungen der Fachausschüsse, in denen die Nachfragen zu dieser Mitteilung noch erörtert werden können.

Herr Wasserbauer fasst einige Punkte der Mitteilung noch einmal zusammen.

Herr BG Höing sehe sich natürlich in einer Verantwortung für den bisherigen Ablauf. Er gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Arbeiten auf der Baustelle. Er erläutert die festgestellten Störungen im Bauablauf, durch Kollisionen in einzelnen technischen Gewerken, durch Qualitätsmängel in der Ausführung. Es gebe zudem Mängel beim Brandschutz. Aber auch der Brandschutz sei nach Rücksprache mit den Experten nicht das zentrale Problem dieser Baustelle. Es handele sich zwar um eine hohe Anzahl von Störungen, deren Beseitigung aber in den meisten Fällen keine hochkomplexen Lösungen erfordern würden. Es sei eine Frage der Kapazität und der richtigen Reihenfolge. Es gelte Sorgfalt vor Schnelligkeit, daher sei eine seriöse

Planung erforderlich. In den Technikgewerken und in der Konsequenz bei den klassischen Ausbaugewerken käme es daher zu einer Behinderung im Einbau. Die Theatertechnik sei weit vorangeschritten und läge im Installationsgrad bei ca. 85%. Er klärt auf, dass zur Problembewältigung zwar eine punktuelle personelle Verstärkung auf der Baustelle erforderlich sei, jedoch in überschaubarem Rahmen. Es werde weitestgehend mit der vorhandenen Kompetenz auf der Baustelle weitergearbeitet. Es gebe Leistungsverweigerungen, diese seien aber nicht pauschal zu verstehen. Es sei ihm ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass es sehr viele engagierte und gut arbeitende Unternehmen gebe.

Er kündigt einen Organisationsvorschlag zur Verstärkung der Bauherreneigenschaft der Bühnen in Form einer Stabstelle für Projektmanagement bei den Bühnen sowie eine enge juristische Begleitung an. Der aktuelle Terminplan müsse fortgeschrieben werden.

Er erläutert den in der Mitteilung bereits dargestellten 11-Punkte-Plan.

Herr Dr. Elster sieht die Verantwortlichkeit für dieses Projekt bei der Kulturdezernentin, da sie gegenüber der Politik berichte und zu steuern habe.

Er fragt, warum die beiden anderen Mitglieder der Bühnenleitung nicht anwesend seien.

Er kritisiert die Informationspolitik der Verwaltung. Wesentliche Veränderungen hätte die Politik aus der Presse entnommen. Herr Wasserbauer habe soeben vorgetragen, dass noch im Mai Ampeln auf rot geschaltet worden seien. Hierrüber sei die Politik nicht in Kenntnis gesetzt worden. Erst im Oktober ergab sich aus der Presse, dass die Sanierung teurer werden würde. Auch in der Zeit, während die Ausschüsse noch nicht gebildet waren, hätte man schriftlich oder über Workshops die Fraktionen über den jeweiligen Stand der Entwicklung informieren können.

Das schlechte Management habe zu großen Mehrkosten geführt, die man gegenüber der freien Szene nicht vertreten könne. Die Anzahl der Plätze in dem Staatenhaus seien viel zu gering für die geplanten Aufführungen. Er verweist auf einzelne Punkte, die in der Tiefe noch eine genaue Aufklärung in den kommenden Sitzungen erforderlich mache.

Frau Beigeordnete Laugwitz-Aulbach unterstreicht die Aussage von Herrn Beigeordneten Höing, dass sie alle eine Gesamtverantwortung hätten und dass auch sie von der Gesamtverantwortung ihren Teil trage. Sie habe bei der Pressekonferenz als erstes das Wort ergriffen und diese negativen Nachrichten als Kulturdezernentin der Stadt Köln vorgestellt und begründet. Dies habe sie auch bei dem Informationsgespräch mit den Fraktionen getan. Sie habe damit gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit ihren Teil der Verantwortlichkeit sichtbar nach außen getragen.

Das Zitat in der Presse über ihre Äußerung sei nicht vollständig wiedergegeben. Das Zitat verkürze die Intention der Äußerung und fasse diese missverständlich zusammen. Der zweite Teil des zitierten Satzes, der besagt, dass eine 10% Kostenüberschreitung bereits kommuniziert und bestätigt wurde, sei weggelassen worden.

Sie habe vielmehr immer unterstrichen, dass die Bedeutung des Eröffnungstermins an erster Stelle stehe. Vor diesem Hintergrund seien auch die benötigten Gelder für die Beschleunigungsmaßnahmen und die Priorisierung von Oper und Schauspiel einzusetzen gewesen. Sie betont ausdrücklich dass dies nur gegolten habe, solange die Baufachleute die Termineinhaltung für realistisch erreichbar eingestuft hätten. Dies sei am 13.04.2015 eindeutig der Fall gewesen.

Dies habe sich auch auf den Hinweis bezogen, dass es auch ein Wunsch des Oberbürgermeisters und der Fraktionen sei, den Termin am 07.11.2015 zu realisieren. Die Äußerung habe sich zudem immer auf die bereits mit der Politik kommunizierte Kostenerhöhung von 10 % bezogen.

Sie betont, dass sämtliche Kostensteigerungen immer vom Rat bewilligt werden müssten und die Verwaltung sich immer im bewilligten Rahmen bewegt habe.

Sie habe niemals von „koste es, was es wolle“ oder Kostenüberschreitung gesprochen.

Herr Oberbürgermeister Roters schließt die Aktuelle Stunde damit ab, dass dieses Thema in den Unterausschuss Kulturbauten und den Betriebsausschuss Bühnen verwiesen wird.

Zu TOP 3.1 liegt ein Ersetzungsantrag vor. Der ursprüngliche Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion ist damit obsolet. Die Beschlussfassung über den Ersetzungsantrag ist unter TOP 3.1 protokolliert.

Herr Oberbürgermeister Roters fasst zusammen, dass damit der Gesamtkomplex Städtische Bühnen abgeschlossen sei und hofft, dass auf der Grundlage dessen, was jetzt diskutiert wurde, eine konstruktive Weiterentwicklung dieses großen ambitionierten Vorhabens möglich sei.

